

DIE LINKE. Berlin
7. Landesparteitag, 4. Tagung
22. August 2020

Antrag A21

Antragssteller*in: links*kanax Berlin, Ender Atakul, Belma Bekos, Yasin Bölme (Delegierter), Ongoo Buyanjargal, Hamze Bytyçi, Melrose Caramba-Coker (Delegierte), Nadja Charaby, Elif Eralp (Delegierte), Pazhareh Heidari, Alev Karataş, Ferat Kocak, Moheb Shafaqyar, Nilufar Shahla, Jana Seppelt (Delegierte), Maria Bischof (Delegierte), Philine Edbauer (Delegierte), Alicja Flisak (Delegierte), Zhana Jung (Delegierte), Sarah Nagel (Delegierte), Anika Taschke (Delegierte), Janine Walter (Delegierte), Stefan Böhme (Delegierter), Andreas Böttger (Delegierter), Niklas Schenker (Delegierter), Moritz Wittler (Delegierter), Maximilian Schirmer (Delegierter), Simon Gückel (Delegierter), Falk Höpfner (Delegierte), Tim Fürup (Delegierter), Nadine Krause (Delegierte), Ivo Wullenweber, Daniel Schnur, Stephan Trautner, Achmed Zmero, Kenja Felger, Erna Lucia Cassarà, Ronda Kipka, Jonas Bradl, Max Mischkewitz, Lars Engwald, Tizian Senkpiel, Konstantinos Achilles Almpanis, Carolin Vosswinkel, Jonathan Deisler, Paul Keydel, Theresa Ponn

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Für eine migrantische und antirassistische LINKE. Berlin

2 Unsere Stadt ist geprägt von Menschen mit Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffenen, sie
3 haben Berlin mit aufgebaut und gestaltet und zu dem gemacht was es ist - eine lebendige, vielfältige
4 Stadt, in der die Menschen unterschiedlichste Lebensmodelle verwirklichen können.

5 Dennoch werden Menschen mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrung beim Zugang zum
6 Wohnungs- und Arbeitsmarkt diskriminiert, haben schlechtere Bildungschancen und machen oft zu
7 Niedriglöhnen die Arbeit, für die sich sonst niemand bereit erklären würde. Zu oft müssen sie illegalisiert
8 leben - auch in unserer Stadt. Gerade während der Corona Pandemie waren es viele von ihnen, die
9 weiter außerhalb von Home-Office gearbeitet haben, sei es an der Kasse beim Supermarkt um die Ecke,
10 als Pflegekraft oder Ärzt*in im Krankenhaus, als Reinigungspersonal an der Schule oder in
11 Ausbeutungsverhältnissen in der Fleischindustrie und der Spargelernte.

12 Dieser Strukturelle Rassismus muss auf allen Ebenen bekämpft werden - im Staat und in der
13 Gesellschaft.

14 Zugleich sind Migrant*innen und Menschen mit Rassismuserfahrung Teil von Gewerkschaftskämpfen,
15 von sozialen Bewegungen, lokalen Initiativen und in Migrant*innenselbstorganisationen, in Black People
16 und People of Colour (BPOC) Gruppen und vielem mehr organisiert.

17 Gleiche Teilhabe Aller ist Ziel jeder linken Politik. Den Anspruch, den wir an die Gesellschaft haben, dass
18 alle Menschen gleichermaßen teilhaben können und das neben Antifaschismus auch Antirassismus zum
19 gesellschaftlichen Grundkonsens gehören, möchten wir auch in unserer Partei leben. Daher müssen wir
20 auch für migrantischen Protest das Zuhause sein - das sind wir noch nicht ausreichend.

21 Diversität und Antirassismus selbst leben

22 DIE LINKE.Berlin muss Menschen mit Migrationsgeschichte und BPOC nicht nur als Partner*innen und
23 als Teil der Arbeiter*innenklasse sowie als Teil der Partei begreifen, sondern auch den gemeinsamen

24 Kampf gegen Ausbeutung und Rassismus praktisch leben – vor Ort in Initiativen, Aktionsbündnissen, in
25 den Schulen und Betrieben, in den Universitäten und Kitas, überall. Denn nur gemeinsam können wir
26 eine Umwälzung der Gesellschaft schaffen, in der die Menschen der Stadt und nicht die Profite von
27 Wenigen zählen.

28 Unsere gute Programmatik muss sich noch stärker in der täglichen Praxis unserer Parteiarbeit
29 wiederfinden. Das Ziel muss sein, in unserer Partei mindestens so viele Menschen mit
30 Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffene zu organisieren, wie ihr Anteil an der Berliner
31 Bevölkerung ist. Dieser liegt derzeit bei ca. 35 Prozent. Dafür ist es wichtig mit Themen präsent zu sein,
32 die sie alltäglich betreffen – das sind neben gerechten Löhnen, bezahlbaren Mieten, ausreichend
33 Kitaplätzen und Chancengleichheit an Schulen auch Fragen von politischer Teilhabe, wie beim
34 Wahlrecht und am Arbeitsleben wie beim Zugang zur Beschäftigung im Öffentlichen Dienst.

35 Neben dem in der Gesellschaft tief verankerten Antisemitismus sind auch der grassierende
36 antimuslimische und antischwarze Rassismus und Rassismus gegen Roma und Sinti, von dem sie
37 betroffen sind, stärker zu thematisieren und zu bekämpfen. Diese sind in den Fokus der
38 gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu stellen, in der eine erstarkende Rechte und ihre gewalttätigen
39 Freunde immer mehr Raum für sich und ihre Hetze in Anspruch nehmen. Das haben nicht zuletzt die
40 Anschläge von Halle und Hanau und die rechtsextreme Anschlagsserie im Berliner Stadtteil Neukölln
41 schmerzhaft verdeutlicht.

42 Sinn und Zweck einer höheren Beteiligung von Migrant*innen und BPOC in der Partei ist dabei keine
43 sogenannte reine „Identitätspolitik“. Es geht vielmehr darum, die Perspektive für unterschiedliche
44 Formen der Unterdrückung und Diskriminierung zu erweitern und sie zusammenzuführen.
45 Überzeugende und glaubwürdige antirassistische Politik kann sich nicht mit „Stellvertreterpolitik“
46 begnügen. Sie muss Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind als gleichwertige politische
47 Subjekte erachten und sie an der politischen Macht in ihren eigenen Reihen teilhaben lassen. Weil es
48 nicht um reine Symbolik und legitime Identitätspolitik geht, bedeutet das zugleich die Bereitschaft eine
49 damit einhergehende Verschiebung von inhaltlichen Standpunkten anzunehmen und Bisheriges kritisch
50 zu hinterfragen, statt das bestehende politische Programm bloß „ein bisschen diverser“ vorzutragen.

51 Ziel der LINKEN ist es, eine offene und gerechte Gesellschaft zu erkämpfen – ohne Ausbeutung und
52 Rassismus. Dazu gehört, dass Menschen, die von Rassismus betroffen sind, in den Medien,
53 Publikationen und Veranstaltungen unserer Partei zu Wort kommen – und zwar zu allen Themen, nicht
54 nur zu Rassismus oder Migration. Eine gezielte Ansprache und aktive Mitgliedergewinnung ist –wie auch
55 sonst– vonnöten. Die Zusammenarbeit mit migrantischen Vereinen ist hierfür die Voraussetzung. Gerade
56 jetzt ist die Bereitschaft für antirassistische Themen zusammenzukommen vielerorts in der Gesellschaft
57 groß. Die Bezirke sollten vor Ort eruieren, welche migrantischen Verbände,
58 Migrant*innenselbstorganisationen, neuen deutschen Organisationen aufgesucht werden können, um
59 mit ihnen in den Austausch zu treten. Sie und Bewegungsakteur*innen wie beispielsweise Black Lives
60 Matter Berlin, Aktionsbündnis Antira (ABA) und Migrantifa Berlin sollten in Mitgliederversammlungen
61 eingeladen, ihre Initiativen sollten unterstützt und gemeinsame Aktionen angeregt werden.
62 Migrantische Orte müssen für LINKE Veranstaltungen angemietet und, wenn dort auch gewünscht,
63 stärker für Austausch, Mitglieder- und Wahlwerbung aufgesucht werden – von dem selbstorganisierte
64 migrantischen Cafe oder Kulturverein von nebenan bis zur Shishabar und dem Boxclub um die Ecke.

65 Parteiveranstaltungen sind verstärkt in migrantische Bezirke zu verlegen. Sie sind sowie ebenfalls
66 Basistreffen, Parteipublikationen und -webseiten in verschiedenen Sprachen und barrierefrei zu
67 gestalten, um Barrieren zum Mitmachen für Alle zu senken.

68 Der Landesvorstand unterstützt die Bezirke bei diesen Maßnahmen, sammelt und dokumentiert die
69 Erfahrungen und organisiert einen regelmäßigen Austausch zwischen den Bezirken, dem
70 Landesvorstand und allen Funktionsebenen der Partei.

71 Die Partei muss sich zudem bemühen, Begegnungsräume und Orte der gemeinsamen politischen Praxis
72 zu schaffen, beispielsweise durch Organizingprojekte zur Mietenfrage in einem migrantischen Kiez. Die
73 Büros der Berliner LINKEN und ihrer Abgeordneten sind zu Begegnungsstätten zu entwickeln. Auch
74 Rechts- und Sozialberatungen oder das Mitwirken an Nachbarschaftsfesten sind entscheidend. Das
75 Programm auf LINKEN Festen muss vielfältig sein, es sollte nicht nur Verköstigung aus aller Welt geben,
76 sondern vor allem das politische und kulturelle Programm sollte divers sein.

77 Vielfalt in der Partei fördern

78 Der Landesvorstand wird damit beauftragt, eine Antidiskriminierungsstelle einzurichten, um Rassismus
79 und Diskriminierung in den eigenen Reihen aufzuklären und zu verhindern. An diese können sich
80 Parteimitglieder vertrauensvoll wenden, wenn sie Rassismuserfahrungen in der Partei machen. Dabei
81 sind die datenschutzrechtlichen Bestimmungen einzuhalten.

82 Der gesamte Landesverband trägt dafür Verantwortung, dass antimigrantische Positionen in der Partei,
83 ob an der Spitze oder Basis, keinen Platz haben.

84 Der Landesvorstand wird zudem beauftragt, ein Konzept und eine Strategie zur Stärkung von Diversität
85 in der Partei zu entwickeln sowie ein unabhängiges Gremium einzurichten, das für die Umsetzung Sorge
86 trägt und entsprechende Maßnahmen entwickelt. Entscheidend ist die Einbindung der Bezirke und von
87 Expert*innen mit Migrations- und Fluchtgeschichte sowie von Rassismus Betroffenen in dieses
88 Gremium. Personelle und finanzielle Ressourcen sind zur Verfügung zu stellen, um antirassistische
89 Schulungen und Empowermentseminare anbieten zu können. Ein Leitfaden für diskriminierungsfreie
90 Sprache ist vom Landesvorstand zu entwickeln, der sich an Mandatsträger*innen und das
91 Spitzenpersonal der Partei, das den besten Zugang zu Öffentlichkeit hat, aber auch an alle anderen
92 Funktionsebenen der Partei und ihre Beschäftigten sowie alle Parteimitglieder richtet.

93 Um auch eine migrantische Partei zu sein, muss Diversität neben der Mitgliedschaft auch in allen
94 Funktionsebenen, Gremien, Delegiertenmandaten und Wahllisten stattfinden.

95 Ziel muss die Repräsentanz und Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte und von
96 Rassismus Betroffenen sowie allen anderen von struktureller Ausgrenzung betroffenen Gruppen
97 entsprechend ihrem Anteil an der Berliner Stadtgesellschaft sein. Das schließt auch Menschen ein, die
98 wegen ihres sozio-ökonomischen Hintergrundes, ihrer sexuellen Orientierung oder Identität, ihres Alters
99 oder ihrer Behinderung in unserer Gesellschaft diskriminiert werden.

100 Mehr Repräsentanz von Rassismus Betroffenen auf allen Ebenen war auch eine der zentralen
101 Forderungen vieler Migrant*innenselbstorganisationen nach dem Anschlag von Hanau.

102 Hierzu soll der Landesvorstand eine Arbeitsgruppe bilden, die innerhalb der gesamten Partei, unter
103 Einbeziehung der Bezirke und von migrantischen Expert*innen, die Debatte darüber organisiert, wie wir

104 hier zu mehr Repräsentanz in der Partei kommen. Verschiedene Maßnahmen sollen eruiert und
105 diskutiert werden. Die Erfahrung zeigt, dass verbindliche Quoten ein effektives Mittel sind. Um einen
106 Überblick zu bekommen sind zudem die genannten Merkmale in der Mitgliedschaft und bei allen
107 Personen in entsprechenden Ämtern und Positionen vom Landesverband anonym und auf freiwilliger
108 Basis abzufragen. Um langfristig mehr Diversität sicherzustellen ist es wichtig, dass das vom
109 Landesvorstand am 13. März diesen Jahres beschlossene Mentoringprogramm alsbald umgesetzt wird.

110 Außerdem sollte auch für die Einstellung von Mitarbeiter*innen bei allen Beschäftigungsverhältnissen
111 der LINKEN Berlin und ihren Mandatsträger*innen gelten, dass neben der Gleichstellung von Frauen
112 und von Minderheiten auch Diversität insgesamt sichergestellt wird und von Rassismus Betroffene
113 entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil repräsentiert sind.

114 Antirassistische Themen nach vorne bringen

115 Es ist unverzichtbar, dass wir öffentlich sichtbar mit Themen werden, die uns alle aber Menschen mit
116 Migrationsgeschichte und mit Rassismuserfahrung besonders betreffen. Das gilt allgemein für künftige
117 Kampagnen der Partei und vor allem für die kommende Wahlkampagne 2021, bei der mindestens eines
118 der Fokusthemen migrantischer Art sein sollte.

119 Hierzu sollten wir uns als Partei verstärkt den Arbeitsbedingungen von Menschen mit
120 Migrationsgeschichte widmen. Vor allem ist während der Corona-Krise deutlich geworden, dass sie
121 unter unmenschlichen Ausbeutungsverhältnissen arbeiten müssen. Der Anteil der migrantischen
122 Beschäftigten ist im Niedriglohnsektor sowie in anderen unsicheren Arbeitsverhältnissen, bei denen
123 Entlassungen einfacher umgesetzt werden können, am höchsten. Das sind auch Bereiche wie die
124 Spargelernte oder Fleischindustrie, bei denen der Arbeitsschutz oft am schwächsten ist. Aber auch viele
125 kleine Läden werden von Menschen mit Migrationsgeschichte betrieben und kämpfen derzeit ums
126 Überleben und gegen Verdrängung. Das muss daher eines der zentralen Aktions- und Kampagnenfelder
127 der LINKEN Berlin werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sollte dabei angestrebt
128 werden.

129 Darüberhinaus muss eine solidarische LINKE an der Seite derjenigen stehen, die gar keine Rechte haben
130 und deren Situation sich während der Corona Pandemie noch verschärft hat. Daher bedarf es einer
131 Legalisierungskampagne für illegalisierte Bewohner*innen unserer Stadt. Das vom Berliner Senat
132 beschlossene Landesaufnahmeprogramm für Menschen, die in Elendslagern auf den griechischen
133 Inseln ausharren müssen, ist auszuweiten und vor allem schnell umzusetzen. Im Zweifel muss das durch
134 Beschreiten des Rechtswegs gegen das Bundesinnenministerium erfolgen.

135 Der grassierende strukturelle Rassismus drängt durch den Polizeimord an George Floyd in den USA und
136 die weltweiten Black Lives Matter Proteste in die öffentliche Debatte, vor allem das racial profiling im
137 Rahmen von anlasslosen polizeilichen Kontrollen, von dem vor allem schwarze Menschen und
138 migrantische Jugendliche betroffen sind, steht zu Recht stark in der Kritik. Hieran muss DIE LINKE
139 anknüpfen und ein Verbot dieser Polizeipraxis öffentlichkeitswirksam fordern und durchsetzen sowie
140 den strukturellen Rassismus in allen Bereichen noch stärker öffentlich thematisieren.

141 Jetzt ist die Zeit gekommen weitreichende antirassistische Forderungen durchzusetzen und die Vielfalt
142 der Stadt noch stärker als Chance für die Parteilarbeit zu begreifen.

143 Begründung: